



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 15.03.2010

Beginn: 18:10 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback
Herr EBM Wersch

Ohne TOP 22
TOP 22

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

bis TOP 24

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter
Frau Stadträtin Drews

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	bis TOP 15
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Buchmann, Kulturamt	ab TOP 12
Frau Christ, Stadtplanungsamt	TOPs 11-15
Herr Fessler Ordnungsamt	
Herr Kopf, Hochbauamt	bis TOP 15
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	bis TOP 11
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	bis TOP 15
Frau Pfisterer, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	ab TOP 11
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Simon, Hauptamt	ab TOP 17
Herr Strecker, Wirtschaftsförderung	
Herr Szollar, Volkshochschule	
Herr Urbano, Stadtwerke Biberach	bis TOP 11
Herr Walz, Gebäudemanagement	bis TOP 15
Herr Erster Bürgermeister Wersch	
Herr Wilk, Hochbauamt	bis TOP 15
Herr Pfab, Dollinger Realschule	bis TOP 11

Gäste:

Herr Göppel, Energieagentur	bis TOP 11
-----------------------------	------------

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderates gefassten Beschlusses	20/2010
3.	Gaisental-Grundschule Bauliche Erweiterung zur Ganztagesesschule und Sanierungsmaßnahmen Varianten, Entwurf, Kosten Ergänzende Information	19/2010 - 1
4.	Einziehung des Feldweges Nr. 243 im Gewann "Burgzeil", Gemarkung Stafflangen Bericht von der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie des Landwirtschaftsamtes	212/2009
5.	Umbau und Übertragung der Räumlichkeiten Hindenburgstraße 34 im 3. Obergeschoss und Dachgeschoss mit den dazugehörenden Kelleranteilen an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach	26/2010
6.	Änderung des Wirtschaftsplanes 2010 Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach	27/2010
7.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Talfeld III" a) Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan b) Satzungsbeschluss über die örtlichen Bauvorschriften	15/2010
8.	Annahme von Spenden für das 4. Quartal 2009	22/2010
9.	Beteiligungsbericht 2009 der Stadt Biberach für das Jahr 2008	13/2010
10.	Gewerbegebiet Flugplatz - Vorgezogene Erschließung des 1. Bauabschnitts	270/2009
11.	Informationen zum gemeinsamen Projekt der e.wa riss und der Stadt Biberach - European Energy Award	42/2010
12.	Neubau Realschule mit GT-Bereich und Sporthalle Wettbewerbsergebnis Beauftragung des Planungsteams	39/2010
13.	Konzept "Schul- und Sportmeile" - Neuorganisation der Sportflächen am Erlenweg	36/2010
14.	Ersatz von Sportfreiflächen (großer und kleiner Kunstrasen am "ehemaligen Hallenbad") in Kooperation mit dem Landkreis Biberach	38/2010
15.	Wohnungen Hindenburgstraße 34 Vergabe der Arbeiten am Dach	43/2010
16.	Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe zur Buchung der Personalkosten Stadtteilhaus 2006	45/2010
17.	Hochwasserschutzkonzeption für den Rotbach/Wolfentalbach	
18.	Änderung der Satzung über die Ordnung des Friedhofs- und Bestattungswesens auf den Stadtteilmfriedhöfen Mettenberg, Ringschnait, Rißegg und Stafflangen	8/2010
19.	Änderung der Satzung über die Ordnung des Friedhofs- und Bestattungswesens auf dem Stadtfriedhof	9/2010

20.	Änderung der Satzung über die Ordnung des Friedhofs- und Bestattungswesens auf dem "Alten Evangelischen Friedhof" und auf dem "Alten Katholischen Friedhof"	10/2010
21.	Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren im Bestattungswesen (Friedhofsgebührensatzung)	11/2010+ 11/2010 - 1
22..	Vereidigung und Verpflichtung von Oberbürgermeister Thomas Fettback -Wahl eines Gemeinderatsmitgliedes	6/2010
23.	Verschiedenes	
23.1	Kindergarten St. Nikolaus	
23.2.	Baumaßnahme Bergerhauser Straße	
23.3.	"Comeln" in der Pflugmälze	
23.4.	Gäste aus Amriswil	
23.5.	Rotlichtüberwachungsanlage am Bismarckring	
23.6.	Marketingveranstaltung mit Herrn Klotz	
23.7.	Planfeststellungsbescheid B312	

Die Mitglieder wurden am 04.03.2010 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 11.03.2010 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten

**TOP 2 Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderates
gefassten Beschlusses**

20/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 20/2010 zur Kenntnisnahme vor.

Der Punkt stand bereits in der Sitzung am 22.02.2010 auf der Tagesordnung. Diese Sitzung wurde jedoch nicht ortsüblich bekannt gegeben, weshalb der Punkt erneut auf die Tagesordnung genommen wurde.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 212/2010 zur Beschlussfassung vor.

Die Beratung des Themas erfolgte bereits in der Sitzung am 22.02.2010. Da diese Sitzung nicht ortsüblich bekannt gemacht wurde, werden die Themen erneut behandelt.

Der Gemeinderat fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 212/2009 festgehaltenen Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen von Einwendern werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahmen den Vorbringern mitzuteilen.**
- 2. Nach den Gesamtumständen wird festgestellt, dass der Feldweg Flst. Nr. 243 im Gewann „Burgzeil“ i. S. v. § 7 StrG nicht „entbehrlich“ ist.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Verhandlungen mit dem Eigentümer des Flst. 261 die Zustimmung für eine direkte, gradlinige Verbindung der Feldwege 248 und 304 anzustreben.**
- 4. Im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen nach Ziff. 3 in Drucksache Nr. 212/2009 die Wiederherstellung des Feldweges Flst. Nr. 243 durchzusetzen.**

TOP 5 Umbau und Übertragung der Räumlichkeiten Hindenburgstraße 34 im 3. Obergeschoss und Dachgeschoss mit den dazugehörigen Kelleranteilen an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach

26/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 26/2010 zur Beschlussfassung vor.

Die Beratung des Themas erfolgte bereits in der Sitzung am 22.02.2010. Da diese Sitzung nicht ortsüblich bekannt gemacht wurde, werden die Themen erneut behandelt.

Der Gemeinderat fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Umbau von einer Wohnung mit ca. 350,00 m² Wohnfläche in eine Drei- und zwei Vierzimmerwohnungen im 3. OG/DG Hindenburgstr. 34 wird zugestimmt.**
- 2. Der Übertragung der Räumlichkeiten im 3. OG/DG Hindenburgstr. 34 mit den dazugehörigen Kelleranteilen an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach wird zugestimmt.**
- 3. Die Stadt beteiligt sich an den Gesamtkosten in Höhe von 480.000,00 Euro mit einem Zuschuss in Höhe von 130.000,00 Euro an den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft wegen der ohnehin anstehenden Instandsetzungsarbeiten des Flach- und Steildaches.**
- 4. Der außerplanmäßigen Ausgabe der Stadt Biberach in Höhe von 130.000 € wird zugestimmt. Die Deckung ist gewährleistet durch eine überplanmäßige Rücklagenentnahme in gleicher Höhe.**

TOP 6 Änderung des Wirtschaftsplanes 2010 Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach

27/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 27/2010 zur Beschlussfassung vor.

Die Beratung des Themas erfolgte bereits in der Sitzung am 22.02.2010. Da diese Sitzung nicht ortsüblich bekannt gemacht wurde, werden die Themen erneut behandelt.

Der Gemeinderat fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

Beschluss:

Der als Anlage 1 zur Drucksache Nr. 27/2010 beigefügten Änderung des Wirtschaftsplanes 2010 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach wird zugestimmt.

TOP 7 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Talfeld III"
a) Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan
b) Satzungsbeschluss über die örtlichen Bauvorschriften

15/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 15/2010 zur Beschlussfassung vor.

Die Beratung des Themas erfolgte bereits in der Sitzung am 22.02.2010. Da diese Sitzung nicht ortsüblich bekannt gemacht wurde, werden die Themen erneut behandelt.

Der Gemeinderat fass mit zwei Nein-Stimmen (StRe Sonntag, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die in Drucksache Nr. 15/2010 festgehaltenen Stellungnahmen der Verwaltung zum Vorbringen der Träger öffentlicher Belange werden gebilligt und die Verwaltung ermächtigt, ihre Stellungnahme dem jeweiligen Vorbringer gem. § 3 Abs. 1 S. 4 BauGB mitzuteilen als das Ergebnis der Prüfung der Anregungen.**
- 2. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird der Bebauungsplan „Talfeld III“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 896/34 Index 4 vom 22.01.2010 nach § 10 BauGB i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 3. Die örtlichen Bauvorschriften „Talfeld III“ i. d. F. vom 22.01.2010 werden nach § 74 LBO i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 22/2010 zur Beschlussfassung vor.

Die Beratung des Themas erfolgte bereits in der Sitzung am 22.02.2010. Da diese Sitzung nicht ortsüblich bekannt gemacht wurde, werden die Themen erneut behandelt.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in Anlage 1 und 2 zu Drucksache Nr. 22/2010 aufgeführten Spenden werden angenommen

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 13/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 04.02.2010.

Die Beratung des Themas erfolgte bereits in der Sitzung am 22.02.2010. Da diese Sitzung nicht ortsüblich bekannt gemacht wurde, werden die Themen erneut behandelt.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Beteiligungsbericht 2009 wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Mitgliedschaft der Stadt Biberach am Wasser- und Bodenverband Rottumtal soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt beendet werden.**

**TOP 10 Gewerbegebiet Flugplatz –
Vorgezogene Erschließung des 1. Bauabschnitts**

270/2009

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 270/2009 zur Beschlussfassung vor.

Die Beratung des Themas erfolgte bereits in der Sitzung am 22.02.2010. Da diese Sitzung nicht ortsüblich bekannt gemacht wurde, werden die Themen erneut behandelt.

Der Gemeinderat fasst mit zwei Nein-Stimmen (StRe Sonntag, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die vorgezogene Erschließung des 1. Bauabschnitts im Gewerbegebiet Flugplatz (rot schraffierte Fläche, s. Lageplan von Drucksache Nr. 270/2009) soll unabhängig von der Nordwestumfahrung und vorbehaltlich des notwendigen Grunderwerbs vorbereitet werden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 42/2010 zur Information vor.

OB Fettback lässt wissen, man überlege allgemein wie man mit der e.wa riss gemeinsam Projekte angehen könne, auch im Sinne des Antrags der FDP.

Anschließend geht Herr Göppel von der Energieagentur ausführlich mit Unterstützung eines PowerPoint-Vortrags, der den Mitgliedern des Gemeinderats im Nachgang zur Sitzung auf Wunsch zur Verfügung gestellt wurde, auf das Projekt und dessen Notwendigkeit, sowie Sinnhaftigkeit ein, um die kommunale Energiearbeit zu optimieren und energieeffiziente Kommunen zu erhalten. Er informiert auch über die Entwicklung der Energieagentur, die vier Einrichtungen unter einem Dach vereine. Einmalig im Bundesgebiet sei, dass man 34 Außenstellen in örtlichen Gemeinden habe. Die Älteste hiervon sei 10 Jahre alt. In Biberach bestehe seit sechs Jahren eine Außenstelle. Dann informiert er noch über die sechs Handlungsfelder des European Energy Awards, hinter denen 87 Einzelmaßnahmen stünden. Im ersten Jahr sei eine Stärken- Schwächen-Analyse vorgesehen und im zweiten Jahr die Aufstellung eines Maßnahmenkatalogs für fünf bis zehn Jahre, wobei die Umsetzung abhängig von den jeweiligen Haushaltslagen sei. Im dritten Jahr sei eine Zertifizierung erforderlich, um den aktuellen Stand zu erkennen und zum Vergleich mit anderen Kommunen. Europaweit nähmen 580 Kommunen teil. Unter ihnen erfolge ein lebhafter Austausch. So nutze beispielsweise ein Rathaus die Abwärme des Servers zur Beheizung des Rathauses. Beispiele gebe es in verschiedenen Bereichen, so beispielsweise auch der Fall, dass zwei Blockheizkraftwerke zum Mitversorgen der Straßenbeleuchtung genutzt würden. Er freue sich, Biberach auf dem Weg zur Energiestadt begleiten zu können.

Es wird applaudiert.

OB Fettback bezeichnet es als gut, mit Best Practice – Beispielen zu agieren.

StR Dullenkopf dankt namens der CDU-Fraktion für den Vortrag und gibt zu Protokoll, ob es richtig sei, die Ist-Analyse im ersten Jahr durchzuführen. Ferner erkundigt er sich nach der Aufteilung der Mittel.

Herr Göppel lässt wissen, erfahrungsgemäß sei nach gut einem Jahr die Ist-Analyse abgeschlossen. Dann könne man den Maßnahmenplan erarbeiten. Dieser könnte im Gremium vorgestellt werden und wäre für das zweite und dritte Jahr gedacht.

Herr Maucher fügt an, die Kostenaufteilung sei hälftig zwischen Stadt und e.wa riss gedacht. Für das Jahr 2011 werde man erneut 1.000 Euro beantragen.

StR Lemli dankt für den ergänzenden Bericht. Die große Teilnehmerzahl in Oberschwaben zeige, dass Oberschwaben pfiffig seien, pfiffiger als andere. Man habe die Bedeutung des Themas Energie für den Klimaschutz und als Wirtschaftsfaktor erkannt. Das schlüssige Konzept zeige, dass das Thema systematisch angegangen werde. Er hoffe, dass auch weiche Faktoren wie das Bürgerverhalten berücksichtigt würden.

StR Zügel fragt, ob der Erfahrungsaustausch institutionalisiert sei und wenn ja wie. Er bezeichnet es als gut, das Thema hoch anzusiedeln, bittet aber zu überlegen, ob die Verwaltungsspitze wirklich in der Lenkungsgruppe vertreten sein müsse.

Herr Göppel lässt wissen, es fänden jährlich zwei Erfahrungsaustauschveranstaltungen pro Region statt verbunden mit halbtägigen Exkursionen. Ferner veranstalte man Workshops zu bestimmten Themen. Die erforderlichen Fachleute ziehe man zu den einzelnen Handlungsfeldern hinzu.

OB Fettback bezeichnet es als wichtig, die Chefs in der Lenkungsgruppe zu haben. Die Handlungsfelder seien mit Fachpersonal besetzt.

StR Späh dankt herzlich für den Antrag und zeigt sich froh, dass man den erforderlichen Weg gemeinsam erkannt habe und Klimafragen von kommunaler Seite begleitet würden. Man müsse diese Aufgabe sehr ernst nehmen und dabei die Erfahrungen anderer nutzen. Wichtig sei es auch, die Gesellschaft mitzunehmen und die kommunale Energiearbeit in der Bevölkerung stärker zu verankern. Er fragt, ob der Landkreis zum Mitmachen bereit sei.

Herr Göppel lässt wissen, die Arbeit habe in den Kommunen begonnen und sie sei dann auf die Landkreise ausgeweitet worden. Deutschlandweit seien sieben Landkreise dabei, davon zwei in Baden-Württemberg, einer davon Ravensburg. Zwischenzeitlich sei dieser Feldversuch abgeschlossen und das Angebot werde bis Jahresmitte für alle Landkreise geöffnet. Sigmaringen habe bereits Interesse geäußert und entsprechende Mittel in den Haushaltsplan eingestellt. Der Bodenseekreis sei ebenfalls dabei. Er werde das Landratsamt Biberach informieren. Er bestätigt, dass Synergieeffekte zwischen den Landkreisen und den Kommunen genutzt werden könnten.

StR Funk dankt namens der FDP-Fraktion. Er hoffe, der ausgelobte Preis beurteile sich anhand der Effizienz und nicht am eingesetzten Geld, damit keine Mitnahmeeffekte entstünden. Er bedankt sich bei OB Fettback für den Hinweis, dass damit auch der FDP-Antrag behandelt werden solle. Er liest diesen vor. Er fragt, wie die Berücksichtigung konkret gedacht sei und kritisiert, dass der Antrag in der Vorlage nicht genannt werde, was bereits beim Thema Heizpumpenaustausch, gewesen sei.

OB Fettback begründet dies damit, da die Vorlage nicht diese Ziel vor Augen habe, das FDP-Anliegen sich aber aus dem Prozess ergeben könne. Man habe schon des Öfteren gedacht, ein geeignetes Projekt zu haben und dann hätten sich wieder die Voraussetzungen geändert wie jüngst beim Thema großflächige Solaranlagen. Im anstehenden Thema habe man zunächst keine Externen wie die EnBW vorgesehen. Man nehme Externe jedoch bei Projekten hinzu, sofern dies erforderlich sei, sie müssten aber nicht in der Lenkungsgruppe vertreten sein. Er bitte auch, die große Politik außen vor zu lassen und die Grünen nicht zu diskreditieren. Diese hätten anderen auf die Sprünge geholfen und dazu beigetragen, dass man sich heute allgemein intensiv mit dem Thema Umwelt beschäftige.

Herr Göppel bemerkt, die politischen Klimaschutzziele von Bund und Land seien vorgegeben. Deren Umsetzung sei Sache der Kommunen und anderer. Wichtig sei, dass etwas getan werde, egal von wem. Viele Maßnahmen kosteten auch kein Geld. Die genannte Auszeichnung bestehe nicht in einem Geldpreis, sondern habe nur symbolischen Wert und stehe somit auch nicht im Vordergrund der Betrachtung.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 39/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und jeweils einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 04.03.2010 und im Bauausschuss am 08.03.2010.

OB Fettback stellt klar, Fragen wie die Größe der Sporthalle, die Zuschauerkapazität und ob eine Kletterhalle errichtet werde, stünden heute nicht zur Diskussion, sondern erst dann, wenn die Kosten klarer seien.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Referenzen für das Planungsteam seien durchweg sehr gut und es werde von allen bescheinigt, dass man auf dem richtigen Weg sei. Man habe selten solche Voraussetzungen in dieser Qualität, was auch ein Ergebnis der gewählten Vorgehensweise sei. Der Aufwand habe sich also gelohnt. Es handle sich um bekannte, gute Büros, die mit komplexen Aufgabenstellungen zurecht gekommen seien. Zum weiteren Vorgehen gibt er zu verstehen, man werde zügig in die Planung einsteigen und den Entwurf durchrechnen. Die nächste Vorlage kündigt er für Mai 2010 an. Sie solle auch eine Kostenberechnung beinhalten, wobei sicher nicht alle Wünsche erfüllt werden könnten. Dargestellt werde alles und die Entscheidung treffe dann der Gemeinderat.

StR Hagel bezeichnet es vorab als erfreulich, dass eine derartige Investition in eine Schule möglich sei und man so die Zukunft der Kinder gestalten könne. Erfreulich sei auch, dass man ein eindeutiges Wettbewerbsergebnis habe. Er lobt das Verfahren und bezeichnet es als sehr transparent und zielführend. Auch die Ergebnisse der Referenzen seien sehr positiv, weshalb die CDU-Fraktion der Beauftragung einstimmig zustimmen werde. Über die Knackpunkte werde man Ende Mai entscheiden. Er bittet, in den Vergabeverhandlungen auch wichtige Fragen wie die Verschattung des Gebäudes deutlich anzusprechen und dabei die Schulen und die Nutzer in Detailfragen einzubinden, um späteren Ärger zu vermeiden.

StRin Kübler meint, das Projekt nehme nun deutlicher Gestalt an. Interessierte Bürger hätten die Möglichkeit gehabt, die Arbeiten zu besichtigen und aus Laiensicht habe es einige interessante Arbeiten gegeben. Es sei wichtig gewesen, ein Fachgericht zur richtigen Bewertung zu haben. Die SPD-Fraktion habe Prioritäten gesetzt wie beispielsweise die Barrierefreiheit und die Beachtung der Wirtschaftlichkeit, was eine Selbstverständlichkeit sein müsse und vom vorgeschlagenen Entwurf berücksichtigt worden sei. Der Baustoff Holz finde in der Materialwahl nach Meinung der SPD-Fraktion noch zu wenig Berücksichtigung und man solle sehen, wo dieses mehr eingesetzt werden könne. Das Ganztageszentrum sei im Entwurf an den Neubau angedockt, womit man sich etwas schwer tue, da man sich ein offenes Haus wünsche, um jegliche Hemmschwellen zu vermeiden und daher eigentlich an einen Solitär gedacht habe. Man habe die Hoffnung, dass Themen wie die Kletterhalle realisiert werden könnten.

StR Heinkele dankt eingangs für das bisher Geleistete und meint ebenfalls, der Aufwand habe sich gelohnt und das Preisgericht sei in angenehmer Atmosphäre verlaufen. Mit dem Ergebnis sei man zufrieden und der Entwurf des Büros Lanz Schwager erfülle die Kriterien am Besten. Die Freien Wähler empfänden es als gut, dass die Ganztagsbetreuung zwischen Schule und Hauptschule angesiedelt werde und die Realschule direkten Zugriff habe. Auch die von den Pädagogen formulierten Ziele seien umgesetzt. Die Referenzen machten ebenfalls einen sehr guten Eindruck und es sei auch als positives Zeichen zu werten, dass die anderen Preisträger auf zeitaufwändige Ver-

handlungen verzichteten und damit auch die Qualität des ersten Preisträgers anerkennen würden. Bezüglich der Verwendung von Holz fragt er, ob hier an ein Stilelemente gedacht sei. Die Freien Wähler hätten den Wunsch, die Kosten möglichst moderat zu halten.

StR Späh führt aus, auch die Teilnahme als Gast bei der Preisgerichtssitzung sei eine gute Erfahrung gewesen und habe sehr deutlich gezeigt, dass der erste Preis alle anderen aus dem Feld gedrängt habe. Dies sei ein guter Grundentwurf, der weiterentwickelt werden könne, wobei man die Fachleute aus den Bereichen Schulen auch weiterhin einbinden müsse. Kosten spielten natürlich eine Rolle, man dürfe sie aber nicht losgelöst sehen, sondern unter dem Aspekt der Funktionalität für die Schule. Die Kletterhalle halte man in der Dimension für noch viel zu klein ausgewiesen. Die Verwendung von Holz eventuell als tragendes Element wäre wenn möglich ein wichtiges Ziel der Grünen. Die Forderung eines nachhaltigen Energiekonzeptes sei erfüllt.

StR Funk schickt die Zustimmung der FDP-Fraktion zum Verwaltungsvorschlag voraus. Man sei sehr zufrieden mit dem bisherigen Verfahren. Über Details werde man anhand künftiger Fakten entscheiden. Bezüglich des Bedarfs halte er eine Grenzkostenrechnung für erforderlich. Die Kletterhalle habe für die Schulen offensichtlich keine Priorität, sondern diesen sei das Schulbudget wichtiger. Wenn sie daher errichtet werde, dann primär für andere Nutzer. Man müsse aufzeigen, dass die Gleichbehandlung aller Vereine gewährleistet würde.

OB Fettback stellt klar, man werde mit allen Nutzern die Details besprechen und für den Gemeinderat das erforderliche Abwägungsmaterial zusammentragen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat spricht sich für die Realisierung der im Planungswettbewerb mit dem ersten Preis ausgezeichneten Arbeit für den Neubau der Realschule mit GT-Bereich und Sporthalle aus.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabeverhandlungen im VOF-Verfahren mit dem Ziel zu führen, die folgenden Planverfasser des ersten Preises mit weiteren Planungsleistungen zu beauftragen, im Moment bis Leistungsphase 3, Entwurfsplanung und Kostenberechnung:**
 - **Lanz Schwager Architekten, Konstanz**
 - **Landschaft Drei, Michael F. Heintze, Konstanz**
 - **Fischer und Leisering Ingenieur GmbH, Konstanz (Tragwerksplanung)**
 - **Ibp Knaus+Zentner Ing.-Gesellschaft mbH, Pfullendorf (Techn. Ausrüstung HLS)**
 - **Miller+Stucke, Tett nang (Elektro)**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 36/2010 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Bauausschuss am 08.03.2010 vorberaten. Drucksache Nr. 38/2010 wird gemeinsam zur Diskussion aufgerufen. Das Abstimmungsergebnis hierzu ist beim folgenden Tagesordnungspunkt protokolliert.

EBM Wersch hebt auf die außerordentlich vertrauensvolle und positive Zusammenarbeit mit dem Landkreis ab. Die Möglichkeiten seien vom Baudezernat eruiert worden und Basis für die Gespräche mit dem Landkreis gewesen. Deren Ergebnis sei in der Vorlage dokumentiert. Danach sei ein Grundstücksgeschäft erforderlich und die Benutzung der Sportanlagen sei in gemeinsamer Abstimmung vorgesehen. Details wie einzuhaltende Abstandsflächen seien noch zu prüfen.

BM Kuhlmann bezeichnet die Vorlage als weiteren wichtigen Baustein zum Thema Schul- und Sportmeile. Toll sei, dass es gelungen sei, die Freizeit- und Sportangebote auf dem Areal unterzubringen. Er zeigt am Plan, wo welche Nutzungen vorgesehen seien. Am Standort des Neubaus der Realschule habe man relativ viele Freiflächen aufgrund der kompakten Planung unterbringen können. Problematisch seien die Baugrundverhältnisse, die man noch genauer untersuchen müsse, um wenn möglich durch eine geschickte Anordnung der Nutzungen Kosten sparen zu können. Die Themen würden weiter verfeinert und später in einer Vorlage dargelegt. Auch bezüglich dieser Fragen werde man mit allen Nutzern Gespräche führen.

StR Hagel bezeichnet den Vorschlag als Win-win-Situation und sehr erfreulich. Man erreiche eine tolle Ergänzung der Schul- und Sportmeile. Dies hätte kaum jemand bei der Entscheidung über das Hallenbad gedacht. In der Vorberatung habe man die wichtigen Punkte angesprochen, die geklärt werden müssten. Hierzu gehörten beispielsweise der Basketballplatz und ein Gorodkiplatz. Wichtig sei, alles mit den Nutzern zu besprechen. Für diese und den Landkreis sei auch die Zeitschiene wichtig, da Prüfungen berücksichtigt werden müssten und offensichtlich die Aussage getätigt worden sei, dass die bestehende Anlage noch lange genutzt werden könne, was im Widerspruch zum städtischen Zeitplan und Zeitbedarf für die Erstellung der Einrichtungen stehe. Er bittet, die Termine richtig zu kommunizieren.

StR Keil meint, es sei weit mehr und besser als nur die Schaffung von Ersatz, sondern man erziele ein anspruchsvolles, ambitioniertes Angebot für die Sportler und schaffe eine zukunftsfähige Sportanlage. Er spricht das Thema Kunstrasenplatz an und fragt, ob es vorstellbar wäre, bereits von Beginn an auch einen zweiten Platz als Kunstrasenplatz zu planen und so letztlich Kosteneinsparungen zu erreichen. Die Renovierung der Sanitäranlagen mit einem Anbau für weitere Nutzungen sei ein wichtiger Aspekt. Vorgesehene Zäune seien sicher teilweise nötig. Man wolle aber insgesamt eine offene Anlage erreichen, auf der sich auch die Öffentlichkeit sportlich betätigen könne.

OB Fettback wirft ein, man könne dies versuchen, es sei aber nicht sicher, ob dies gelinge.

StR Zügel meint, die Bedeutung der Standortwahl zeige sich auch jetzt bei der Ansiedlung der Sportflächen. Vermutlich werde in Zukunft der geplante Sportplatz beim Weißen Bild nicht mehr benötigt und es könne auch auf den Lindeles-Sportplatz verzichtet werden. Dies bedeute eine grundsätzliche Neupositionierung in der Stadtplanung und die Investitionen in Sportstätten und man erspare sich durch die Schaffung von Kunstrasenplätzen andere Investitionen. Er appelliert,

nicht zu sehr auf der Zeitschiene zu beharren und qualitätsvolle Lösungen als oberstes Ziel zu sehen. Die zu bewältigenden Entfernungen seien nach Meinung der Freien Wähler unproblematisch.

StR Dr. Schmid zeigt sich namens der Grünen rundum zufrieden und signalisiert Zustimmung. Er gibt aber zu bedenken, nicht alle dezentralen Sportmöglichkeiten aufzugeben und am Lindele festzuhalten als niederschwelliges Sportangebot, zu denen auch Bolzplätze in Wohngebieten zählten.

Auch StR Braig meint, der Spielbetrieb und das Training der drittklassigen Sportvereine müsse gewährleistet sein und hierzu der Sportplatz beim Lindele aufrecht erhalten werden, bis die Kunstrasenplätze fertig gestellt seien. Er ruft in Erinnerung, dass die Verlegung der Sanitäranlagen bereits beim Neubau Hallenbad zu den Kosten hinzugerechnet worden sei und zwar die Vergrößerung und Ertüchtigung der Anlage. Er unterstreicht im Übrigen die Ausführungen StR Dr. Schmid, das Lindele als Allwetterplatz und Bolzplatz aufrecht zu erhalten.

StR Lemli spricht die Umkleiden an und meint, die Sportplätze würden bereits jetzt sehr gut genutzt und die Umkleiden und übrigen Räumlichkeiten seien derzeit in unzumutbarem Zustand. Schon jetzt müssten viele Sportler die Umkleiden in der Mali-Turnhalle nutzen. Er bittet um eine klare Berechnung, welche Anzahl an Umkleiden, Technikräumen, Sanitärräumen und ähnlichen Nebeneinrichtungen tatsächlich erforderlich sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der vorliegende in Drucksache Nr. 36/2010 skizzierte Konzeptentwurf soll den weiteren Planungsschritten zugrunde gelegt werden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 38/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung fand im Hauptausschuss am 04.03.2010 statt. Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte im Zusammenhang mit der Diskussion des Konzepts "Schul- und Sportmeile", das beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt festgehalten ist.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der vorgestellten Konzeption wird zugestimmt (vgl. Anlage zu Drucksache Nr. 38/2010).**
- 2. Der zu ersetzende große Kunstrasenplatz am ehemaligen Hallenbad wird mit den Ausmaßen 68 x 100m auf der Fläche geschaffen, auf der sich gegenwärtig die Sportanlagen des Landkreises befinden (neben dem Kreissportplatz).**
- 3. Das zu ersetzende Kleinspielfeld am ehemaligen Hallenbad wird auf der Fläche vor den Erlenweg-Sportplätzen als allwettertauglicher Kunstrasenplatz mit den Ausmaßen 35 x 60m im Verbund mit den zu ersetzenden Sportanlagen des Landkreises gebaut .**
- 4. Dem Grundstücks-Tausch zwischen der Stadt Biberach und dem Landkreis Biberach wird zugestimmt (Die Fläche, auf der sich gegenwärtig die Sportanlagen des Kreises befinden, geht in den Besitz der Stadt Biberach. Die Fläche vor den Erlenweg-Sportplätzen geht in den Besitz des Landkreises Biberach).**
- 5. Der Kreissportplatz soll mit einer Flutlichtanlage und Steh-/Sitzstufen ertüchtigt werden.**

Anschließend wird die Sitzung zur Vesperpause von 19:50 Uhr bis 20:10 unterbrochen.

**TOP 15 Wohnungen Hindenburgstraße 34
Vergabe der Arbeiten am Dach**

43/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 43/2010 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt den Bauausschuss, in seiner Sitzung am 29. März 2010 die Arbeiten Holzbau und Dachdeckung Hindenburgstraße 34 zu vergeben.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 45/2010 zur Beschlussfassung vor.

Frau Leonhard lässt wissen, hier handle es sich um Durchlaufposten, die abrechnungstechnisch bedingt seien. Die Umbuchung erfolge normalerweise im Zuge des Jahresabschlusses, was in diesem Fall vergessen worden sei.

Herr Buchmann fügt an, das Geld sei an den Verein überwiesen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Bewilligung der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 44.102,02 € auf HHST. 1.4800.701000.9 "Zuschuss Stadtteilverein" im Haushaltsjahr 2009 zu. Zur Deckung werden Mehreinnahmen bei HHSt. 1.0300.261000.4 herangezogen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 83/2009 zur Beschlussfassung vor.

Das Thema wurde im Bauausschuss bereits am 07.05.2009 beraten.

BM Kuhlmann sieht diese Maßnahme als wichtiges Beispiel, dass manches nur mit den Umlandgemeinden realisiert werden könne und dass die Gemeindegrenzen teilweise problematisch seien. Er erläutert, welche Möglichkeiten im Hochwasserschutz bestünden, was man exemplarisch untersucht und mit den Landschaftsplanern konkretisiert habe.

StR Abele findet die Vorlage fast historisch und bittet, die Verfahren zu erläutern. Die Maßnahme erscheine logisch, man müsse den Gemeinderat aber ausreichend informieren. Er kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion an.

StR Dr. Nuding meint, der Relevanz, die von BM Kuhlmann dargestellt worden sei, könne man nur zustimmen. Die Sünden der Vergangenheit holten die Gesellschaft ein. Er zollt der Verwaltung für die gut aufbereitete Vorlage Lob und kündigt vorab die Zustimmung der SPD-Fraktion an. Er fragt, warum die HOAI 2002 zugrundegelegt werden solle und nicht die neueste Version. Hochwasserschutzmaßnahmen seien notwendig und man laufe hier den Auswirkungen der Klimaveränderungen hinterher. Vernünftige Konzepte seien eine wichtige Voraussetzung, die man als Masterplan zu verstehen habe. Es sei eine Gesamtschau bei diesem Thema erforderlich und man könne sich nicht nur auf wenige technische Gegebenheiten beschränken, sondern benötige ein integriertes Wolfentalprogramm. Er fragt, ob Trocken- oder Nassbecken vorgesehen seien.

StR Rieger sieht die Notwendigkeit der Maßnahme, um Schaden von den Bürgern abzuwenden.

StR Weber meint, zum Klimaschutz seien verschiedene Maßnahmen auch präventiv möglich. Der Vorlage müsse man zustimmen auch als Signal an die Nachbargemeinden, dass gemeinsames Handeln gefordert sei. Viele Flächen müssten drainiert werden.

StR Braig hält Verhandlungen mit Mittelbiberach für erforderlich, wo die wesentlichen Grundstücke lägen. Er fragt, wie sich die Verhandlungen mit den Grundstücksbesitzern gestalten.

BM Kuhlmann bezeichnet es als entscheidend, dass das Konzept mit den Grundstückseigentümern stehe und falle, weshalb man verschiedene Alternativen dargestellt habe. Die meisten Flächen würden im Normalfall nicht in Anspruch genommen, sondern nur die Fläche für das Dammbauwerk und die engeren Baumaßnahmen darum herum. Wichtig sei auch die Kooperation mit Mittelbiberach, das eigentlich nicht viel bezahlen wolle. Die Situation in Mittelbiberach werde vom Büro Wassermüller untersucht, um eine Gesprächsgrundlage zu haben. Was man letztlich einsparen könne und in wieweit sich das Land an den Kosten beteiligen werde, sei schwer zu sagen und hänge vom Einzelfall ab, welche Schäden entstehen könnten. Die Erstellung eines integrierten Konzepts wie von StR Dr. Nuding angeregt, werde überlegt. Der Beauftragung werde die aktuelle HOAI 2010 zugrunde gelegt.

Herr Rechmann fügt an, das Land habe signalisiert, dass man Zuschüsse erhalten könne, genaueres sei aber noch nicht geäußert worden. Die Zuschusssätze hingen vom Antragsteller ab und sie

wären für Mittelbiberach anders als für Biberach. Wenn man weitere Klarheit habe, werde entschieden, wo das Trocken- und wo das Nasskonzept umgesetzt werde.

Ohne weiter Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Hochwasserschutzkonzeption für den Rotbach/Wolfentalbach mit den Hochwasserrückhaltebecken Laurenbühlweg, Zweifelsberg und den Außenbecken (Hofen I + II, Moosweiher, Eggelsbach I + II und Freudental) wird zugestimmt.**
- 2. Das Ingenieurbüro Wasser-Müller wird auf Grundlage der HOAI 2010 mit den weiteren Ingenieurleistungen stufenweise (Entwurf- und Genehmigungsplanung) beauftragt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 8/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte in öffentlicher Sitzung des Hauptausschusses am 04.02.2010 sowie in den jeweiligen Ortschaftsräten.

Gleichzeitig werden die Drucksachen Nrn. 9/2010, 10/2010 und 11/2010 sowie 11/2010 -1 zur Beratung aufgerufen. Die Beschlussfassung zu diesen Themen ist in den folgenden Tagesordnungspunkten festgehalten.

StR Dullenkopf bringt vor, aufgrund dieser Vorlagen habe man viele Bürgergespräche führen müssen. Er signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion, auch wenn man sich mit dieser schwer tue. Die Diskussion habe sich darum gedreht, dass nicht nur Einzel- und Viererlösungen für Urnengräber erforderlich seien. Mittlerweile habe man jedoch Klarheit und wisse, dass bei Mehrfachgräbern längere Nutzungszeiten gelten und man die Option auf eine dritte und vierte Urne habe, sodass die vorgesehenen Regelungen letztlich in Ordnung seien.

Auch StR Lemli gibt zu verstehen, man habe den Sachverhalt nun verstanden. Dennoch vertrete man die Meinung, dass eine kostenneutralere und bessere Lösung möglich wäre. Man wolle den Vorgang aber nicht aufhalten und stimme daher zu. Dann könne man Erfahrungen sammeln und gegebenenfalls korrigieren. Er bittet, die Zusammenhänge der Kostenberechnungen einmal auf einfache Art und Weise darzustellen.

StRin Goeth gibt zu verstehen, die Freien Wähler seien mit den Gebühren für Urnen auf der Baumwiese nicht einverstanden. Sie erschienen sehr hoch und man habe keine plausible Erklärung erhalten. Sie seien 3,8 mal so teuer wie ein normales Urnengrab und zweimal so teuer wie ein Wahlgrab. Ein Rasenreihengrab sei im Vergleich eineinhalb mal teurer als man als angemessen erachte. Es sei Kostendeckung angestrebt, die sich am Aufwand orientieren müsse und man akzeptiere auch eine gewisse Lenkungsfunktion. Man benötige eine transparente Kalkulation für die Baumwiese und wolle dargestellt, was sie so teuer mache. Sie erhebt dies zum **Antrag**, wobei Erstattungen sofort möglich sein müssten und die Gebührenbescheide eben erst nachträglich ausgestellt werden sollten. Sie fragt, wie mit Anfragen Auswärtiger umgegangen werde und wer für die Beschädigung von Grabplatten hafte.

StR Späh fände das Angebot einer Baumwiese wichtig.

StR Wiest spricht dafür auf, die Gebührenbescheide entsprechend dem Antrag von StRin Goeth zu zurück zu stellen. Man solle das Angebot aber nicht schleichend in Gang setzen, sondern offensiv mitteilen, dass diese Bestattungsmöglichkeit bestehe.

Herr Brugger lässt wissen, Auswärtige würden in der Regel nicht zugelassen. Bislang habe man eine Anfrage eines Bewohners aus Mittelbiberach, der lange in Biberach gewohnt habe, was man ausnahmsweise als Einzelfallentscheidung zulassen wolle. Die Haftung für Beschädigungen durch Rasenmäher und Ähnliches trage in erster Linie der Fahrer. Sollte es öfters vorkommen, würden vermutlich die Preise für die Pflegearbeiten ansteigen. Bezüglich der Kalkulation wisse man nicht, wie viele Bestattungen man habe werde. Man vermute, dass das Angebot sehr gut angenommen werde, was sich schon jetzt zeige. Dabei würden die vorgeschlagenen Preise akzeptiert. Er plädiert

daher, abzuwarten und mit der Lösung nach dem Verwaltungsvorschlag Erfahrungen zu sammeln. Die Fläche sei sehr groß und werde daher lange Zeit ausreichen bzw. könne auch erweitert werden. Man weise offensiv auf diese alternative Bestattungsmöglichkeit hin. Eine neue Kalkulation wolle man erst wieder vornehmen, wenn Kostenunterdeckung bestehe.

StRin Goeth hält die vorgenommene Mischkalkulation nicht für ganz gerechtfertigt bzw. nicht gerecht, wenn die Gebühren in Zukunft möglicherweise günstiger würden.

Herr Brugger legt dar, das Grabfeld Baumwiese sei in der Bewirtschaftung sehr aufwendig, da die Grablage von den Betreffenden jeweils selbst ausgewählt werden könne. Daher sei ein Kostenaufschlag gerechtfertigt. Die Preise entsprächen denen wie beispielsweise in Ravensburg.

OB Fettback **sagt zu**, nach eineinhalb, spätestens zwei Jahren zu berichten, wie sich die Entwicklung darstellt.

StR Zügel **zieht** darauf hin den **Antrag** der Freien Wähler **zurück**. Man akzeptiere, dass Mehraufwendungen durch höhere Gebühren aufgefangen würden. Nicht akzeptiert werde jedoch das Argument, dass diese Gebühren gerechtfertigt seien, weil der Markt sie hergebe.

StR Funk signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Enthaltung (StRin Kapfer) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die als Anlage zu Drucksache Nr. 8/2010 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Ordnung des Friedhofs- und Bestattungswesens auf den Stadtteilstädtchen Mettenberg, Ringschnait, Rißegg und Stafflangen wird beschlossen.

TOP 19 Änderung der Satzung über die Ordnung des Friedhofs- und Bestattungswesens auf dem Stadtfriedhof

9/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 9/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 04.02.2010.

Das Thema wurde bereits mit Drucksache Nr. 8/2010 zur Beratung aufgerufen und die Diskussion ist dort protokolliert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 1 Enthaltung (StRin Kapfer) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die als Anlage zu Drucksache Nr. 9/2010 beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Ordnung des Friedhofs- und Bestattungswesens auf dem Stadtfriedhof wird beschlossen.

TOP 20 Änderung der Satzung über die Ordnung des Friedhofs- und Bestattungswesens auf dem "Alten Evangelischen Friedhof" und auf dem "Alten Katholischen Friedhof"

10/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 10/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 04.02.2010.

Das Thema wurde bereits mit Drucksache Nr. 8/2010 zur Beratung aufgerufen und die Diskussion ist dort protokolliert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 1 Enthaltung (StRin Kapfer) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die als Anlage zu Drucksache Nr. 10/2010 beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Ordnung des Friedhofs- und Bestattungswesens auf dem „Alten Evangelischen Friedhof“ und auf dem „Alten Katholischen Friedhof“ wird beschlossen.

TOP 21 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren im Bestattungswesen (Friedhofsgebührensatzung)

**11/2010+
11/2010-1**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 11/2010 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 04.02.2010.

Aufgrund der in der Vorberatung aufgeworfenen Fragen erstellte die Verwaltung eine Informationsvorlage, Drucksache Nr. 11/2010-1, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

Die Diskussion erfolgte im Zusammenhang mit Drucksache Nr. 8/2010 und ist dort protokolliert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 5 Enthaltungen (StRe, Goeth, Heinkele, Rieger, Zügel, Kapfer) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die als Anlage zu Drucksache Nr. 11/2010 beigefügte 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren im Bestattungswesen wird beschlossen.

Die Verwaltung sagt zu, nach 1 ½ , spätestens 2 Jahren die Entwicklung darzulegen.

**TOP 22. Vereidigung und Verpflichtung von Oberbürgermeister
Thomas Fettback -Wahl eines Gemeinderatsmitgliedes**

6/2010

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 6/2010 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback füllt sich befangen und gibt den Vorsitz an EBM Wersch ab.

EMB Wersch legt dar, dieser Beschluss sei in Vorbereitung der Verpflichtung erforderlich, die für 15.04.2010 geplant sei.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Enthaltung (StR Wiest) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Herr Stadtrat Edmund Wiest wird als das Mitglied des Gemeinderats bestellt, das Herrn Oberbürgermeister Thomas Fettback in öffentlicher Gemeinderatssitzung auf seinen früheren Diensteid hinweist und verpflichtet.

TOP 23.1 Verschiedenes - Kindergarten St. Nikolaus

StR Walter spricht den gemeinsamen Antrag von SPD- und CDU-Fraktion zum Kindergarten St. Nikolaus an, den man vor knapp 7 Wochen gestellt habe. Er erkundigt sich nach dem Verfahrensstand.

EBM Wersch antwortet, man habe im Ältestenrat mitgeteilt, dass der Antrag im Rahmen des Kindergartenberichts abgehandelt werde. Es seien Mittel im Haushaltsplan vorgesehen und der Anbau sei nicht umstritten.

TOP 23.2 Verschiedenes - Baumaßnahme Bergerhauser Straße

StR Walter bringt vor, die Bergerhauser Straße sei immer noch im Bauzustand. Dass sich auf Höhe Landwirtschaftsamt ein Fußgängerüberweg befinde, sei nicht mehr erkennbar und vor kurzem seien auch noch die entsprechenden Schilder abmontiert worden, sodass gar kein Hinweis mehr existiere. Dadurch seien vor allem Kinder gefährdet. Der Überweg müsse besser gesichert werden. Nach Auskunft des Ordnungsamtes sei kein Unfall in letzter Zeit bekannt, er habe aber vor 1 ½ Jahren selbst ein Unfallopfer seelsorgerisch begleitet.

BM Kuhlmann antwortet, die Straße sei bislang nur in Bitumenkies erstellt. Ehe die Markierungen aufgebracht würden, müsse der Feinbelag aufgebracht werden. Daher habe man auch die Verkehrsschilder für den Fußgängerüberweg abgebaut. Man hoffe auf besseres Wetter, um die Maßnahme zeitnah abschließen zu können.

StR Walter hält entgegen, die Schilder seien erst vor kurzem abmontiert worden.

TOP 23.3 Verschiedenes – "Comeln" in der Pflugmälze

StR Dr. Schmid bringt vor, das Comeln in der Pflugmälze sei in der Innenstadt ein sozialer Brennpunkt. Es komme zu Konflikten zwischen Anwohnern und Jugendlichen, die die Lokalität besuchten. Er wisse, dass der Oberbürgermeister bereits aktiv geworden sei, höre aber, dass der Konflikt weiter brenne. Angeblich seien manche Anwohner schon weggezogen und andere überlegten sich dies.

OB Fettback erwidert, es handle sich um keinen sozialen Brennpunkt. Es sei ein Brennpunkt, an dem sich die Gemüter schieben. Man benötige klare Vorgaben des Gesetzgebers, da dem Staat sonst die Hände gebunden seien. Man könne nur etwas unternehmen, wenn nachgewiesen werde, dass der Betrieb nicht richtig geführt werde. Dies stelle den Eingriff in ein hohes Grundrecht dar, weshalb die Hürden hoch seien. Gleiches gelte für Tankstellen, für die vom Gesetzgeber suggeriert werde, es bestehe eine Handlungsmöglichkeit, da der Verkauf nur erfolgen dürfe, wenn eine Schankerlaubnis bestehe, was in der Regel der Fall sei. Dieses Problem sei auch Thema des nächsten OB-Sprengels und nicht Biberach-spezifisch. Er könne die betroffenen Bürger gut verstehen, aber ohne juristische Grundlage habe man als Stadt keine Handlungsmöglichkeit. Man beobachte die Situation regelmäßig und immer wenn die Polizei da gewesen sei, sei der Lärm in vertretbarem Rahmen gewesen.

TOP 23.4 Verschiedenes - Gäste aus Amriswil

StR Keil teilt mit, am kommenden Wochenende kämen Gäste aus Amriswil nach Biberach. Mit dabei sei der neue Kirchenpräsident der evangelischen Kirchengemeinde.

TOP 23.5 Verschiedenes - Rotlichtüberwachungsanlage am Bismarckring

StR Funk spricht die neue Rotlichtüberwachungsanlage am Bismarckring an und fragt, was diese Anlage koste und wann sich die Kosten amortisierten.

TOP 23.6 Verschiedenes - Marketingveranstaltung mit Herrn Klotz

StR Funk spricht die Marketingveranstaltung mit Herrn Klotz an. Er sei von der Werbegemeinschaft eingeladen worden. Er erkundigt sich nach der städtischen Beteiligung und was nun von der Stadt unternommen werde. Er habe die Veranstaltung interessant gefunden.

OB Fettback bestätigt, die Veranstaltung sei interessant gewesen, Frage sei aber, wie man den Mehrwert beurteile. Es habe sich um eine Veranstaltung der Werbegemeinschaft gehandelt, die vor Weihnachten bei ihm vorgesprochen und die Idee vorgetragen habe. Er habe es gut gefunden, dass ein Input von außen erfolge, wobei die Werbegemeinschaft eine städtische Unterstützung erbeten habe. Er habe dies davon abhängig gemacht, dass es sich nicht nur um eine Einzelhandelsveranstaltung handle, woraus auch der Titel entsprungen sei "Neue Lust auf Innenstadt". Wichtig sei für ihn auch gewesen, dass es einen Workshop gegeben habe, der seines Erachtens aber diese Bezeichnung nicht verdient habe. Mit den Aussagen von Herrn Klotz sei er größtenteils sehr unzufrieden und halte sie für falsch. Er habe schon immer erklärt, dass er niemandem wolle, der mit dem Hubschrauber lande und sich nicht damit auseinandersetze, was Biberach eigentlich sei. Viele Aussagen von Herrn Klotz seien nicht neu gewesen. Wichtig wäre nun, im Gespräch mit der Werbegemeinschaft zu bleiben. Er habe von städtischer Seite 1.000 Euro Zuschuss gegeben und man habe das städtische Know-how in die Vorbereitung der Veranstaltung eingebracht.

TOP 23.7 Verschiedenes - Planfeststellungsbescheid B312

OV Boscher fragt, ob eine Informationsvorlage zum Stand der Abarbeitung des Ökovermerks bezüglich der Ortsumfahrung Ringschnait erstellt werden könne. Ferner fragt er, wie man mit den Einwendungen des Jordanbades umgehe. Er halte eine Trassenplanung für erforderlich, damit der Ausbau Jordanbad – Ringschnait forciert werden könne.

BM Kuhlmann nimmt die Anregung auf. Der Zeitpunkt der Abarbeitung sei vom Bearbeitungsstand des Projekts abhängig.

Gemeinderat, 15.03.2010, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: (ohne TOP 22)	OB Fettback
Vorsitzender (TOP 22)	EBM Wersch
Stadtrat:	Wiest
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	BM Kuhlmann